

# Positionspapier

# Verteilungsgerechtigkeit

März 2011



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Präambel</b> .....	2
<b>2. Situationsanalyse</b> .....	3
2.1 Wofür braucht es Geld bzw. eine Konsolidierung des Staatshaushaltes? .....	3
Zur Finanzierung des Sozialstaats .....	3
2.2 Verteilung der Steuerlast in Österreich .....	4
„Mittelstand“ – „Reichensteuer“ – „Bankenpaket“ .....	4
„Leistungsträger“ – Verteilung des Vermögens .....	5
Steuerzuckerl bei ManagerInnen-Gehältern und für Konzerne .....	6
<b>3. Argumente und Forderungen</b> .....	6
3.1 Einsparungspotenziale bei den Staatsausgaben   Die BJV fordert: .....	6
3.2 Einnahmen durch Steuern   Die BJV fordert: .....	7
3.3 Weitere Maßnahmen   Die BJV fordert: .....	8
<b>4. Quellen und weiterführende Literatur</b> .....	9

## 1. Präambel

Seit fast zehn Jahren setzt sich die Bundesjugendvertretung (BJV) als gesetzlich verankerte Sozialpartnerin und Interessenvertretung dafür ein, dass bei politischen Prozessen und Entscheidungen die Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden.

Kinder- und Jugendpolitik verstehen wir als Querschnittsmaterie, weswegen wir in unseren bisherigen Positionspapieren auch Forderungen zu den verschiedenen Politikfeldern, die Kinder und Jugendliche betreffen, formuliert haben.

Bei unseren Forderungen geht es immer darum, dass die Rahmenbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen in Österreich nachhaltig verbessert werden. In der Diskussion darüber, woher all das Geld kommen soll, das die Konsolidierung des Budgets und Investitionen in die Zukunft ermöglicht, vermissen wir eine soziale Ausgewogenheit und eine wirkliche Effizienz der Vorschläge.

Deshalb wollen wir uns in die Diskussion einmischen und zeigen mit diesem Positionspapier auf, welche steuerpolitischen Ansätze, Einsparungspotenziale und Umverteilungsmaßnahmen aus der Sicht von jungen Menschen zielführend sind.

## 2. Situationsanalyse

### 2.1 Wofür braucht es Geld bzw. eine Konsolidierung des Staatshaushaltes?

Dieses Positionspapier ist inhaltlich mit bereits bestehenden Positionspapieren der BJV verknüpft, die im Wesentlichen folgende Themen behandeln: Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen, Bildung, Beschäftigung, Pensionen. All diese Bereiche sind mit dem Begriff „Sozialstaat“ verbunden. Diesen gilt es unserem Erachten nach zu erhalten und auszubauen, um den sozialen Frieden zu sichern<sup>1</sup>.

Dementsprechend braucht es dringende Reformen und nachhaltige Lösungen, die insbesondere den jungen Menschen in Österreich neue Perspektiven eröffnen und für eine gerechtere Verteilung der Chancen sorgen.

#### Zur Finanzierung des Sozialstaats

*„Steuern sind [...] grundsätzlich gerechtfertigt. Sie nützen allen, weil damit der Bedarf an Sicherheit, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Straßen, öffentlichem Verkehr, Pensionen, Umweltschutz, Kunst, Sport und Kultur gedeckt wird: Alles Leistungen, die dem[/der] Einzelnen gleichermaßen wie dem Gemeinwohl dienen. Um der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu entsprechen, sollen alle Gruppen und Personen einen gerechten und angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten“<sup>2</sup>.*

Wir sehen jedoch, dass die Steuerlast in Österreich ungerecht verteilt ist (mehr dazu im nächsten Abschnitt dieses Kapitels) und dringender politischer Handlungsbedarf besteht. Ein Umlenken in der Steuerpolitik und die Konsolidierung des Budgets sind für junge Menschen besonders relevant: Nur wenn die Steuerlast gerechter verteilt wird und unnötige Zinszahlungen für Staatsschulden, die wiederum auf die Bevölkerung abgewälzt werden, vermieden werden, sind junge Menschen zukünftig auch in der Lage, etwas zur Finanzierung des Sozialstaats beizutragen.

Der Begriff „Steuern“ beinhaltet nicht nur, dass alle BürgerInnen Steuern zahlen (sollten), sondern auch, dass mit den Abgaben, die ein Staat einhebt, ein Steuerungseffekt verknüpft ist. So hängt Steuerpolitik direkt und indirekt mit Sozial- und Gesellschaftspolitik zusammen.

<sup>1</sup> 717.102 Menschen haben 2002 das Sozialstaat-Volksbegehren unterschrieben. Vgl. BMI, Endergebnis Volksbegehren, 2002.

<sup>2</sup> Grundsatzpapier der Katholischen Aktion Österreich „Urteilen“



Ein passendes Beispiel für diese Verknüpfung verschiedener Politikfelder ist das Familienpaket der Steuerreform 2009: Zum einen ist darin etwa der neue Kinderfreibetrag problematisch, da das System noch komplexer wurde und in einem Nebeneinander von vielen verschiedenen Instrumenten niedrige Einkommen weniger begünstigt als hohe. Zum anderen ist die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung nicht an die Erwerbstätigkeit der Eltern gekoppelt, hat dadurch wiederum eine regressive Wirkung und einen Steuerausfall von 160 Mio. zur Folge<sup>3</sup>.

## 2.2 Verteilung der Steuerlast in Österreich

Wenn es darum geht, bei politischen Maßnahmen zwischen neuen Steuereinnahmen und Einsparungspotenzialen (bei der sozialen Infrastruktur) abzuwägen, muss auch berücksichtigt werden, wie sich das Steueraufkommen derzeit zusammensetzt. Im Nachfolgenden werden einige Aspekte des derzeitigen Steuersystems erläutert und kritisch hinterfragt.

### „Mittelstand“ – „Reichensteuer“ – „Bankenpaket“

Oft beginnen steuerpolitische Debatten dort diffus zu werden, wo die Begriffe „Mittelstand“ und „die Reichen“ ins Spiel kommen. Selten sind sich die EntscheidungsträgerInnen der politischen Parteien, SozialpartnerInnen und NGOs einig, wer denn damit gemeint sein soll und wo die Einkommens- und Vermögensgrenzen zu ziehen sind.

Wer würde das nicht gern - „das Geld für sich arbeiten lassen“. Dabei basiert diese Idee auf einem Irrtum: Geld arbeitet nicht, es sind immer Menschen, die einen Gewinn erwirtschaften. Deshalb ist es ungerecht, dass Einkommen aus Kapitalerträgen weniger hoch besteuert ist, als Einkommen durch Erwerbsarbeit. So belegt etwa eine im Auftrag des BMASK durchgeführte Studie des WIFO, wie ungleich die steuerlichen Lasten verteilt sind:

*„Nach den vorliegenden Daten sind die Abgaben auf Lohnneinkommen nicht nur deutlich höher als auf Gewinn- und Besitzeinkommen, sondern auch stärker gestiegen: Die effektive Lohnsteuerbelastung, der Anteil der Lohnsteuer an den lohnsteuerpflichtigen Einkommen – Löhne, Gehälter und Pensionen -, nahm seit 1990 von 10,9 Prozent auf 15,4 Prozent im Jahr 2007 zu, während das Aufkommen an Einkommen- und Kapitalertragsteuer gemessen an der entsprechenden Steuerbasis eher leicht sank (1990 10,9 Prozent, 2007 10,3 Prozent). [...] Die schwache Lohnentwicklung und der steigende Anteil der Löhne an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte haben die Entwicklung der Nettoeinkommen und damit die Konsumnachfrage gedämpft“<sup>4</sup>.*

<sup>3</sup> Vgl. Schratzenstaller, BJV-Expertinnengespräch, 7.4.2010

<sup>4</sup> WIFO-Studie, S. 20

Stichwort „Kalte Progression“: Zur sogenannten Kalten Progression kommt es, wenn die Einkommen nominell steigen, um den Inflationsausgleich abzudecken, der/die Steuerpflichtige dadurch jedoch in einen höheren Steuersatz rutscht. Dadurch kommt es zu einer steuerlichen Mehrbelastung sowie einer faktischen Verringerung der Realeinkommen. Als einen möglichen Lösungsansatz erachten wir die Senkung des Eingangsteuersatzes bzw. eine progressivere Gestaltung der „Steuergrenzen“.

Stichwort „working poor“: Immer mehr Menschen beziehen trotz Erwerbsarbeit nicht genug Einkommen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dieser Umstand wird oft auch als Erwerbsarmut bezeichnet, da die „working poor“ von Armut bedroht bzw. betroffen sind.

Wenn also jetzt beim Sozialsystem gespart oder eine Massensteuer, wie die Mehrwertsteuer, erhöht werden würde, träfe das die BezieherInnen von niedrigen und mittleren Einkommen härter als Besserverdienende – und junge Menschen gehören meist zu ersteren.

Und: nur wer Geld hat, kann auch Geld „anlegen“ – das derzeitige System verhilft also gerade wieder jenen zu spürbarem Profit, die ohnehin bereits einen weitreichenden finanziellen Spielraum haben.

Zudem wurde eben erst unser Bankensystem über die Zusage von Ausfallhaftungen abgesichert – das Geld dafür würde sich einerseits aus Steuermitteln und andererseits aus zusätzlich aufzunehmenden Staatsschulden zusammensetzen. Banken und SpekulantInnen, die das Problem verursacht haben, sind bisher nicht zur Kasse gebeten und zur Verantwortung gezogen worden.

## „Leistungsträger“ – Verteilung des Vermögens

Wenn davon die Rede ist, dass zur Konsolidierung des Budgets und zum Erhalt bzw. Ausbau des Sozialstaats ein solidarischer Beitrag aller notwendig sei, dann ist es uns wichtig zu betonen, dass die, die ohnehin nichts oder nur wenig haben, nur wenig oder nichts mehr „hergeben“ können.

Der Sozialbericht des BMASK (2007-2008) zeigt eine deutliche Schieflage der Vermögensverteilung in Österreich auf: das oberste Promille der Haushalte (Anzahl: 3.500) besitzt etwa gleich viel wie die untere Hälfte (Anzahl: 1,75 Millionen), die obersten 10 Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzen etwa 60 Prozent des Vermögens (Finanz- und Gebrauchsvermögen, Grundbesitz). Das Finanz- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte beträgt in Österreich mehr als 1.000 Milliarden Euro, ist aber nur mit einem effektiven Steuersatz von 0,1 Prozent belastet<sup>5</sup>.

<sup>5</sup> Vgl. Rossmann, zit. nach Marterbauer, S. 106

## Steuerzuckerl bei ManagerInnen-Gehältern und für Konzerne

Allein der Vergleich der Gehälter von ManagerInnen mit dem durchschnittlichen Gehalt von ArbeitnehmerInnen weist an sich schon auf ein massives Ungleichgewicht hin und die große Differenz der beiden Beträge lässt sich nicht immer rechtfertigen. Wirklich unfair ist aber die steuerliche Begünstigung von ManagerInnengehältern, da diese steuerlich abgesetzt werden können, was wiederum eine Mehrlast für alle anderen SteuerzahlerInnen zur Folge hat. Hier wäre es zielführend, die Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit mit Euro 500.000,- festzusetzen. Dies brächte alleine bei den ManagerInnen-Gehältern von börsennotierten Unternehmen mehr als 16 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen.

Ebenso bequem haben es Konzerne bzw. Großunternehmen (darunter auch Banken), die durch Anrechnung ihrer Verluste im Ausland massive Steuerbegünstigungen (bis hin zum totalen Entfallen jeglicher Steuern) in Österreich geltend machen können (Stichwort Gruppenbesteuerung). Dass große Konzerne ihre Niederlassungen in Österreich im Falle einer Änderung der Gruppensteuer aufgeben würden, halten wir für unnötige Panikmache: UnternehmerInnen wissen genau, was sie an den österreichischen ArbeitnehmerInnen haben und geben die Vorteile des Wirtschaftsstandorts Österreich sicher nicht so schnell auf.

Welche Argumente daher aus unserer Sicht für „neue“ bzw. eine gezielte Anhebung bestehender Steuern sprechen, wird im nun folgenden Kapitel erläutert.

### 3. Argumente und Forderungen

Die nachfolgenden Forderungen, die wir in Gruppen zusammengefasst und kurz erläutert haben, leiten sich aus dem ab, was aus der Sicht von jungen Menschen sinnvoll erscheint und zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit das meiste für junge Menschen bringt.

#### 3.1 Einsparungspotenziale bei den Staatsausgaben | Die BJV fordert:

- **Föderalismus- und Verwaltungsreform:** Gerade in den für Kinder und Jugendliche so essentiellen Bereichen Bildung und Gesundheit verweisen ExpertInnen und anerkannte Institutionen, wie etwa Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und OECD, darauf, dass durch Reformen des Verwaltungsapparates, die Doppelgleisigkeiten beseitigen und Effizienz steigern würden, ein erhebliches Maß an Steuergeldern eingespart und langfristig anderweitig sinnvoll eingesetzt werden könnte<sup>6</sup>.

---

<sup>6</sup> Vgl. Marterbauer, S. 104



- **Pensionen:** Eine Reduktion der staatlichen Subventionen für die zweite und dritte Säule des Pensionssystems sowie bei der privaten Pensionsvorsorge wäre unseres Erachtens zielführend, da diese Begünstigung primär BesserverdienerInnen zugute kommt. Weiters plädieren wir für eine Harmonisierung der Pensionssysteme und für die Abschaffung von Sonderpensionsrechten<sup>7</sup>.
- **Reform von direkten und indirekten monetären Transfers hin zu Realtransfers:** Es zeigt sich, dass es im Sozialbereich bei der Förderung von Familien ein Übergewicht von Geldleistungen (rund 80 Prozent) gegenüber Investitionen in Struktur und förderliche Rahmenbedingungen (bspw. Kinderbetreuung; knapp 12 Prozent) gibt<sup>8</sup>. Reformen in diesem Bereich sollten das Kindeswohl in den Vordergrund stellen und dafür sorgen, dass die investierten Mittel den Kindern möglichst unmittelbar zugute kommen. In diesem Zusammenhang fordern wir etwa die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die am ehesten einen Vorteil für BesserverdienerInnen darstellt und sich auf eine notwendige Umverteilung negativ auswirkt. Die durch die Abschaffung der Absetzbarkeit freiwerdenden Mittel sollten für zusätzliche, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet werden, was wiederum auch Arbeitsplätze schaffen würde.

### 3.2 Einnahmen durch Steuern | Die BJV fordert:

*„Mit diesen Steuern sollen die Kosten der Krise auf die Verursacher gelenkt werden, Anreize für Verhaltensänderungen gesetzt und die oberen Einkommensgruppen an der Bewältigung der budgetären Kosten der Krise beteiligt werden“<sup>9</sup>.*

- **Effiziente Bekämpfung von Steuerhinterziehung – Abschaffung des Bankgeheimnisses:** Klar ist aus unserer Sicht, dass das Bankgeheimnis nicht die Einlagen von „kleinen SparerInnen“ schützt – wovon auch? Die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist unseres Erachtens notwendig, weil nur so die Aufdeckung von Steuerhinterziehung im großen Stil möglich ist. Laut AK Wien „verzichtet“ der Staat durch die vehemente Aufrechterhaltung des Bankgeheimnisses derzeit jährlich auf über drei Milliarden Euro.
- **Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer** (mit einem Freibetrag in der Höhe von Euro 500.000,-; der Eingangssteuersatz sollte bei 0,25 Prozent liegen und schrittweise auf 1,25 Prozent bei 2 Millionen angehoben werden), **Abgabe auf Wertpapierdepots**
- **Änderungen beim Spitzensteuersatzes bei der Besteuerung von Einkommen**
- **Einschränkung der Absetzbarkeit bei Gehältern von ManagerInnen, Deckelung des Jahressechstels**

<sup>7</sup> Vgl. Marterbauer, S. 103f

<sup>8</sup> Die restlichen Prozent entfallen auf „Vermischtes“ (bspw. SchülerInnenfreifahrt). Vgl. Lutz, Hedwig/Schratzenstaller, Margit

<sup>9</sup> Vgl. Marterbauer, S. 106

- **Änderungen bei der Verlustverrechnung bei Gruppenbesteuerung (Einschränkung des Verlustausgleichs)**
- **Bankenabgabe:** Hier braucht es konsequentes Monitoring und Sanktionen, die im Falle einer Weitergabe an Bank-KundInnen greifen.
- **Finanztransaktionssteuer:** Unseres Erachtens muss sich die österreichische Regierung und im Speziellen der Finanzminister international und bei den AmtskollegInnen für eine (im ersten Schritt) europaweit greifende Finanztransaktionssteuer einsetzen. Gelingt dies nicht, so wäre es durchaus geboten, die Börsenumsatzsteuer auf nationalstaatlicher Ebene (wieder) einzuheben, so wie dies auch einige andere EU-Staaten tun.

### 3.3 Weitere Maßnahmen | Die BJV fordert:

- **Diskussion zur Anhebung der Mineralölsteuer (MÖSt) bzw. Einführung von Ökosteuern:** Die MÖSt ist de facto eine Massensteuer und trifft KleinverdienerInnen stärker – eine schlichte Anhebung ist daher abzulehnen. Wir stehen jedoch einer Ökologisierung des Steuersystems durchaus positiv gegenüber, wenn diese mit einem sozialen Ausgleich verbunden ist. Dementsprechend muss der öffentliche Nahverkehr, auf den PendlerInnen angewiesen sind, ausgebaut werden und eine Förderung für die thermische Sanierung von Gebäuden geschaffen werden. Ebenso sollte der Ausbau von nachhaltigen Energieformen, wie bspw. von Photovoltaik-Anlagen, stärker als bisher gefördert werden. Neben dem ökologischen Nutzen hätte dies den Vorteil, dass zusätzliche, sogenannte Green Jobs geschaffen werden, von den wiederum insbesondere junge arbeitssuchende Menschen profitieren könnten. Die durch die MÖSt entstehenden steuerlichen Einnahmen sollten demnach auch für diese Vorhaben zweckgewidmet werden.
- **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit (Gender Pay Gap)<sup>10</sup>:** durch geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Entlohnung lässt sich der Staat Einnahmen entgehen
- ...die Umsetzung einer bundesweit einheitlich geregelten, bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sinne einer grundrechtsorientierten, bürgerInnenfreundlichen Sozialleistung<sup>11</sup>.
- Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Gesundheitsprävention, Soziales
- **Gesetzlich verankerte Inflationsanpassung der Bundes-Jugendförderung:** nicht zuletzt ist es im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit auch längst an der Zeit, die seit 2001 stagnierende Förderung der Kinder- und Jugendorganisationen, deren Arbeit einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag darstellt, mit einer gesetzlich verankerten Inflationsanpassung zu versehen.

<sup>10</sup> Vgl. BJV-Positionspapier „Frauenpolitische Forderungen“ (2007)

<sup>11</sup> Vgl. BJV-Positionspapier gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen (2009)



## 4. Quellen und weiterführende Literatur

**Arbeit & Wirtschaft 6/2010: Pensionsthematik, S.22; Gerechtigkeit, S. 18,**

[http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Ausgabe\\_Juni\\_2010.pdf%22&blobkey=id&root=X03&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1276689747301](http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Ausgabe_Juni_2010.pdf%22&blobkey=id&root=X03&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1276689747301) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Bundesministerium für Inneres: Endgültiges Ergebnis Volksbegehren "Sozialstaat Österreich", 26. April 2002**

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/volksbegehren/vb\\_xx\\_periode/sozialstaat/Ergebnis.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/sozialstaat/Ergebnis.aspx) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Csoka, Bettina/Gall, Franz: Fakten zur sozialen Lage.** In: **WISO 1/10**, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Linz, 2010.

**Katholische Aktion Österreich: Grundsatzpapier "Urteilen", 27. September 2008**

[http://kaoe.at/site/article\\_detail.siteswift?so=site\\_article\\_detail&do=site\\_article\\_detail&c=download&d=article%3A571%3A2](http://kaoe.at/site/article_detail.siteswift?so=site_article_detail&do=site_article_detail&c=download&d=article%3A571%3A2) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Katholische Sozialakademie Österreichs: Dossier 5/2008**

**Lutz, Hedwig/Schratzenstaller, Margit: WIFO-Presseinformation „Ansätze zur Unterstützung von Familien durch die öffentliche Hand“, August 2010**

[http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publicationsid=40330&mimetype=application/pdf](http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publicationsid=40330&mimetype=application/pdf) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Marterbauer, Markus: Budget in der Krise.** In: **WISO 2/10**, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Linz, 2010.

**WIFO-Studie. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Umverteilung im Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitische Studienreihe, Bd. 1, Wien, 2009.**

[http://www.studienreihe.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22E-Book%253Cbr%252F%253EUmverteilung\\_im\\_Wohlfahrtsstaat.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342567817531&ssbinary=true&site=Z02](http://www.studienreihe.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22E-Book%253Cbr%252F%253EUmverteilung_im_Wohlfahrtsstaat.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342567817531&ssbinary=true&site=Z02) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

<http://www.steuermythen.at> [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

<http://www.beigewum.at> [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

